

Gemeinsam für eine europäische Kampagne

- Nach den Wahlen am 17. Juni in Griechenland, die zur Einsetzung einer Regierung führten, die sich bereit erklärt hat, eine Umsetzung des Troika-Memorandums zu versuchen, wofür sie sich Änderungen und mehr Zeit zur Erfüllung der Sparauflagen ausbedungen hat;
- nach der Abstimmung der zwei neuen europäischen Verträge, ESM und Fiskalpakt mit der 2/3 Mehrheit im Bundestag und Bundesrat - allerdings bei 23 Nein-Stimmen aus der SPD zum Fiskalpakt und 5 Nein-Stimmen zum ESM, und wo Merkel beim ESM erneut die Kanzlermehrheit verfehlte;
- nach dem EU-Gipfel am 28./29. Juni und seinem Beschluss, schnellere und direkte Milliardenflutungen für bankrotte Banken aus dem ESM zu ermöglichen, gab es nach einem weniger als kurzzeitigen Aufatmen der politisch Verantwortlichen und dezenter Genugtuung der Verantwortlichen des Finanzkapitals den Rückfall der Finanzmärkte in noch größere „Nervosität“ und „fehlendes Vertrauen“.

Von ihnen gehen die erpresserischen Aufrufe an die Regierungen und die Troika aus, nicht noch weitere „Aufweichungen“ und „Verwässerungen“ der Sparprogramme zuzulassen, sondern alle Anstrengungen auf die strikte Umsetzung der Sparprogramme auszurichten und für den schnelleren Zufluss der Milliarden an die Banken und Finanzfonds zu sorgen.

Ihnen fehlt das „Vertrauen“ in die Fähigkeit der Regierungen und der Troika, ihr Diktat gegen die wachsende Ablehnung und die Widerstandskämpfe der Arbeitnehmer und Völker durchsetzen zu können.

Dieses „Misstrauen“ der Finanzmärkte wird verständlich,

- wenn sich in Griechenland in den Wahlen am 17. Juni die Ablehnung des Memorandums durch das griechische Volk in dem massiven Zuwachs der Stimmen für Syriza (gegenüber den Wahlen am 6. Mai) noch deutlicher ausgedrückt hat;
- wenn der ESM die Banken erst dann direkt rekaptalisieren darf, wenn es eine „effektive Bankenaufsicht“ gibt.
- wenn der angeblich stabile Faktor Deutschland, auf den sich die Märkte stützen, tief erschüttert ist: die entschiedene Ablehnung von Merkels Politik durch die Bevölkerungsmehrheit in allen letzten Wahlen erhielt in den Aufrufen aus dem DGB, sowie der ver.di und GEW-Vorsitzenden an die Abgeordneten, den Fiskalpakt abzulehnen, und schließlich in dem Nein der 23

SPD-Abgeordneten eine Stimme. Die Sorge vor unkalkulierbaren Risiken, die sich aus der Belastung Deutschlands ergeben, das schon heute für die verschiedenen Rettungsschirme und -pakete und für die Staatsverschuldung mit ca. 1,5 Billion haftet, sowie die Gefahr sozialer Explosionen – denn die Bevölkerung weiß, dass sie für diese Milliarden zur Bankenrettung wird bluten müssen - verstärkt die Konflikte auch in den Reihen des Kapitals und der bürgerlichen Regierungsparteien.

Während die neue griechische Regierung in einem neuen Memorandum verspricht, vor allem durch radikale Privatisierungsschritte mehr zur Erfüllung der Sparauflagen zu tun, antwortet Syriza mit neuen Aufrufen an die Bevölkerung zur Mobilisierung für die Aufhebung des Memorandums; während der italienische Regierungschef Monti, wie auch sein spanischer Kollege Rajoy, neue Beschlüsse für drastische Sparmaßnahmen fassen, sehen sie sich sofort mit der Ankündigung weiterer Streiks konfrontiert. Und während der französische Präsident Hollande zu einer „Sozialkonferenz“ einlädt, um die Sozialpartner, vor allem die Gewerkschaftsführer, in drakonische Maßnahmen der Haushaltskürzung, des Sozialabbaus und der Arbeitsmarktreformen einzubinden, produziert er damit unmittelbar Widerstandspositionen in den Gewerkschaften.

Diese „Bemühungen der Regierungen stehen unter dem permanenten Druck der Finanzmärkte, neue gigantische Summen für die Bankenrettung aufzubringen, um aus den Völkern die Milliarden für den Schuldendienst an die großen Finanzgläubiger auszupressen.

Die Nervosität der Finanzmärkte – und auch die der Regierung Merkel und der sie unterstützenden SPD-Führung – steigert sich ins Extreme angesichts des Eingreifens des Bundesverfassungsgerichts, das die Ratifizierung der zwei europäischen Verträge vorläufig zumindest ausbremst.

In der Tat: die Ratifizierung des permanenten Bankenrettungsfonds und des Fiskalpaktes ist nichts anderes als ein Verfassungstreik, ein kalter Staatsstreik. Werden durch sie doch die Kernbestimmungen der staatlichen Ordnung durch das Grundgesetz, die nationale Souveränität, die Demokratie, das Haushaltsrecht der Parlamente und das Sozialstaatsprinzip ausgehebelt.

Der deutsche Imperialismus, die Regierung Merkel brauchen diese beiden Verträge, um sich für die brutalen Maßnahmen zur Abwälzung der explodierenden Kosten der Krise auf die große gesellschaftliche Mehrheit auf die Institutionen einer supranationalen Diktatur und die in den Verträgen definierten diktatorischen Instrumente stützen zu können.

Merkel ist mit sich steigernden Milliarden-Anforderungen des Finanzkapitals für die Bankenrettung und für die Haftung der Schulden der Staaten und Wirtschaft der Euro-Länder konfrontiert, die die deutsche Finanzkraft gefährlich überfordern. Die merkbar heraufziehende Rezession mahnt sie, die Gewerkschaftsführungen vorzubereiten und einzubinden in eine Politik der unvergleichlich brutaleren Maßnahmen des Lohn- und Arbeitsplatzabbaus und Sozialkahlschlags.

Merkel konnte sich für ihre ganze „Euro-Rettungspolitik“ und für die erforderliche 2/3 Mehrheit in der Abstimmung der Verträge noch auf die Vereinbarung mit der SPD-Führung und die zuletzt nur noch klammheimliche Zustimmung einer Minderheit der Gewerkschaftsverantwortlichen stützen.

Wir stützen uns in unserem Kampf

- auf den Widerstandswillen der Bevölkerungsmehrheit und der Arbeitnehmer, die diese Politik nicht akzeptieren können;
- auf die in den Gewerkschaften und der SPD erkämpften Positionen für das Nein zu ESM und Fiskalpakt;
- auf die Aufrufe von den Gewerkschaftsverantwortlichen für das Nein zum Fiskalpakt;
- auf das Nein und die Enthaltungen von SPD-Bundestagsabgeordneten gegen den Fiskalpakt und ESM, um gestärkt unsere Kampagne gegen die endgültige Ratifizierung, gegebenenfalls für die Rücknahme der Verträge fortzuführen, verbunden mit dem Kampf gegen die Sparmaßnahmen und Strukturreformen, für die Verteidigung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

Gestärkt durch das europäische Treffen in NRW führen wir an der Seite der Delegierten aus 10 europäischen Ländern diese gemeinsame Kampagne in ganz Europa und kämpfen mit ihnen für die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen gegen jede Unterwerfung unter die EU und deren Verträge.

Carla Boulboulé